

## Die Annäherung zwischen Oesterreich - Ungarn und Deutschland.

Eine Debatte in der Reichenberger Handels- und Gewerbekammer.

(Drahtbericht der „Reichspost“.)

Reichenberg, 2. März.

Die Reichenberger Handels- und Gewerbekammer beschäftigte sich in ihrer heutigen Vollversammlung auf Grund eines ausführlichen, von Regierungsrat Doktor Carus verfaßten Berichtes ihres handelspolitischen Ausschusses mit der Frage der wirtschaftlichen Annäherung an das Deutsche Reich. An den Bericht, über dessen Inhalt und Leitsätze wir schon vor einigen Wochen anläßlich des Abschlusses der Ausschußberatungen berichtet haben, entwickelte sich eine lebhafte und interessante Debatte.

Herrenhausmitglied Singler bezeichnet den wirtschaftlichen Anschluß der Mittelmächte schon im Hinblick auf die außerordentliche Inanspruchnahme der Staatsfinanzen als einen kategorischen Imperativ, der in dem Ausschußbericht mit großer Objektivität nachgewiesen werde. Eine andere (Prager) Kammer habe leider diese Objektivität vermissen lassen, als sie jüngst ihre ablehnende Haltung zu begründen versuchte.

Der Großindustrielle und Präsident der Auffig-Teplitzer Eisenbahn, Wolstrum, erörtert zunächst die Verhältnisse der Wollwarenindustrie, die in den 24 Jahren des Zollschutzes ihre Fabriken ausgebaut, einen guten, zuverlässigen Arbeiterstand gesunden und keinen Grund habe, die Konkurrenz mit dem Weltmarkte zu fürchten. Wenn für Zugeständnisse im Zolle der größere Markt eingetauscht werde, brauche man sich nicht an das heutige Ausmaß der Schutzzölle zu klammern. Freilich habe es immer Leute gegeben, welche sich in Prophezeihungen über Gefahren ergingen, die nie eingetreten seien. Das sei Konservatismus im schlechten Sinne. Die Hauptsache sei die Freimachung des Unternehmungsgeistes und die Großzügigkeit der Gesetzgebung und Verwaltung, dann werde das Wirtschaftsbündnis mit Deutschland die Vollendung des segensreichen Ereignisses sein, für das wir dem Schicksal danken müssen, daß sich die Häuser Habsburg und Hohenzollern gesunden haben. Die beiden Kaiser werden den weltwirtschaftlichen Bund begründen, dessen Bedeutung wir zuerst als Staatsbürger und dann erst als Industrielle beurteilen sollen.

Abg. Dr. Urban teilt die Gegner der Annäherungspläne in drei Gruppen. Zu der ersten gehören diejenigen, welche schon vor dem Kriege Gegner des politischen Bündnisses mit Deutschland waren und dessen Ausgestaltung natürlich nicht mit ihren Sympathien begleiten. Die zweite Gruppe sind diejenigen, welche über Plan und Form der Annäherung im Unklaren sind. Hier erwähnt der Redner, daß die an dem bekannten Beschluß der Prager Kammer beteiligten deutschen Mitglieder derselben — er selbst sei leider damals von Prag abwesend gewesen — ihre Haltung dahin erklären, daß sie glauben, die Annäherung an Deutschland werde nicht ohne namhafte Schwierigkeiten vor sich gehen können. Sie seien aber keine Gegner der Annäherung, wenn es gelin角度, diese Schwierigkeiten zu überwinden. Die dritte Gruppe der Gegner seien diejenigen, welche aus geschäftlichem Interesse die deutsche Konkurrenz fürchten. Wir haben aber mit unseren Zöllen schlimme Erfahrungen gemacht und müssen nun auch das Interesse des Konsumenten schützen. Die Teuerung wird nach dem Kriege nur in geringem Maße abnehmen, wir werden sogar mit einer wesentlichen Verteuerung des Geldes zu rechnen haben, denn die jetzige Geldflut sei pathologisch und stamme aus der Umwandlung des Betriebskapitals in Geld und Werteffekten.

Es werden Kreditorganisations der Rohstoffgesellschaften erforderlich sein, denen insbesondere die Aufgabe zufallen wird, durch Schaffung von gemeinsam fundierten Zahlungsmitteln, die erst dann in Auslandswährung einzulösen wären, wenn bereits Eingänge aus Exporten bei den Devisenzentralen zur Verfügung ständen, die Emissionsgrundlage der Notenbanken zu schonen.

Kammerrat Karl v. Zimmermann lenkt die Aufmerksamkeit der Kammer darauf, daß der Botschafter Tittoni vor einiger Zeit in Vizza die gleiche Forderung einer wirtschaftlichen Annäherung zu den Entente-mächten für Italien erhoben habe. Die Rohstoffzentralen sowie die Devisenzentrale beweisen, daß wir sehr gut im Einvernehmen mit dem Deutschen Reiche arbeiten können; es sei darum schwer, auf anderer Seite gefällene Bemerkungen zu verstehen, die in der Tätigkeit der Devisenzentrale schon eine wirtschaftliche Unterordnung unter Berlin erblicken. Uebrigens werde es sich nicht darum handeln, ob wir diese Annäherung wollen, wir werden sie vielmehr wollen müssen, denn die Verhältnisse werden stärker sein als wir.

Kammerrat Pfeifer bemerkt, daß das System der zeitweiligen Revisionen an Stelle des von vornherein festgelegten Abbaues empfehlenswert sei und im weitesten Maße die gesonderte Be-

rücksichtigung jeder Erzeugungsgruppe zulasse. Um die Zinsen der Kriegskosten zu decken, müssen die Nettoeinkünfte aus Steuern, Monopolen, Gebühren usw. verdoppelt werden. Infolge des Steigens des Lohnniveaus würden die Fabrikationskosten erhöht werden, was sich im Preise des Endfabrikates zeige. Unter diesen Umständen könne eine Erhöhung der Zölle nicht vorgenommen werden. Zur Fundierung der großen Kriegsanleihen und zur Valutaregulierung werden wir das neutrale Ausland und in erster Linie Deutschland brauchen, welches somit in hohem Maße unser Gläubiger werden wird. Jeder Gläubiger habe aber das größte Interesse an dem Wohlergehen seines Schuldners, insfolgedessen wird Deutschland Oesterreich bei der Annäherung sicherlich entgegenkommen. Auch andere Momente begünstigen die Annäherung. Die während des Krieges geschaffenen staatlichen Verwaltungsformen für Rohstoffhandel werden bleiben und auch die Regelung des Arbeitsmarktes wird ein Zusammengehen mit Deutschland nötig machen. Gegenüber diesen schwerwiegenden Gründen seien die gegen den Plan des wirtschaftlichen Anschlusses vorgebrachten Bedenken von keinem Gewicht.

Dr. Richard Neumann weist darauf hin, daß zur Wiederherstellung unserer Valuta langfristige Goldanleihen notwendig seien. Die Spezialisierung werde der österreichischen Industrie erleichtert werden, wenn manche deutsche Zölle niedriger gehalten werden als umgekehrt und allmählich bei noch zeitweiligen Fortbestehen eines mäßigen Zollschutzes für Oesterreich ganz in Beglückung kämen. Das Entgegenkommen werde sich aber auch für das Deutsche Reich lohnen, das ein Entgelt hiefür auf anderen Gebieten finden werde.

Abg. Regierungsrat Hartl erwähnt in seinen Ausführungen ebenfalls die Kundgebung der Prager Kammer, „die wir genau einzuschätzen wissen“. In der Sache selbst stimmt Redner den Anträgen des Ausschusses ihrem ganzen Inhalte nach zu.

Bei der Abstimmung wird der Ausschußbericht unter lebhaftem Beifall einstimmig angenommen.